



Sozialdemokratische Partei
Kanton Bern



Medienkonferenz vom 16. Januar 2014

Regierungsratswahlen 2014 «4 gewinnt» – Bewährte Regierung

Unterlagen:

Medienmitteilung

Redetext Roland Näf

Redetext Barbara Egger-Jenzer

Redetext Philippe Perrenoud

Redetext Bernhard Pulver

Redetext Andreas Rickenbacher

Redetext Blaise Kropf

Wahlplattform

Medienmitteilung von SP und Grünen vom 16. Januar 2014

Regierungsratswahlen:

Zuversichtlich in den Wahlkampf für «4 gewinnt»

An der heutigen Medienkonferenz stellten die vier Regierungsmitglieder und die Parteipräsidien von SP und Grünen Kanton Bern ihre Ziele für die nächste Amtszeit vor. Dabei zeigten sich alle überzeugt, dass der von Widersprüchlichkeiten geprägten bürgerlichen Politik im Grossen Rat mit Ausgewogenheit, Verantwortung und realen Lösungen entgegengetreten werden muss. Nach dem Vertrauensbeweis der Bevölkerung in die rot-grüne Regierung bei den letzten Wahlen sind SP und Grüne zuversichtlich, dass am 30. März wieder «4 gewinnt» und somit eine rot-grüne Regierungsmehrheit gewählt wird.

SP-Parteipräsident Roland Näf wies in seiner Rede auf die Widersprüche bürgerlicher Politik hin. Zuerst entzogen die Bürgerlichen dem Staat die Gelder und zwangen diesen zum Leistungsabbau, den sie dann wieder bekämpften. Die Bürgerlichen beschlossen weitere Steuersenkungen für Immobilienbesitzer, kürzten aber gleichzeitig bei den Schwächsten unserer Gesellschaft. Und bei der Spitalfinanzierung, einem der teuersten Budgetposten, wollten die Bürgerlichen die Kosten ohne Steuerung aus dem Ruder laufen lassen. Nur dank dem beherzten Einsatz der rot-grünen Regierungsmehrheit konnte Schlimmeres verhindert und Lösungen gefunden werden, die den Kanton Bern weiterbringen.

Die vier rot-grünen Regierungsmitglieder präsentierten an der Medienkonferenz ihre Ziele für die nächsten vier Jahre: Für Bau-, Verkehrs- und Energiedirektorin Barbara Egger-Jenzer liegt der Fokus auf der Planung des neuen Campus Technik in Biel, der Verbesserung von Verkehrsinfrastrukturen im ganzen Kanton und der Weiterführung der Energiewende.

Philippe Perrenoud, der Gesundheits- und Fürsorgedirektor, will sich in der nächsten Legislatur insbesondere für die Armutsbekämpfung, die Stärkung des bernischen Spitalwesens und die Weiterentwicklung des Berner Jura und des Bilinguismus engagieren.

Erziehungsdirektor Bernhard Pulver stellt die Verbesserung der Anstellungsbedingungen, die Schulentwicklung von unten (pädagogischer Dialog), die sorgfältige Umsetzung der Quartallösung am Gymnasium und die Verabschiedung der Kulturpflegestrategie in den Mittelpunkt seiner weiteren Regierungsarbeit.

Andreas Rickenbacher, der Volkswirtschaftsdirektor, wird die nächste Amtszeit für die Umsetzung der Wirtschaftsstrategie nutzen, damit der Kanton Bern sein Potenzial voll ausschöpfen kann, sei es im Cleantech-Bereich, sei es im Tourismus oder mit einer gesunden Agrarwirtschaft.

Blaise Kropf, Parteipräsident der Grünen, wies auf den Stimmenvorsprung bei den letzten Wahlen, auf die erfahrenen Regierungsmitglieder und auf die starke gemeinsame Kampagne für die «Bewährte Regierung» hin und zeigte sich entsprechend zuversichtlich, dass die Bevölkerung auch 2014 dem Team «4 gewinnt» ihr Vertrauen aussprechen wird. Als Schwerpunkte haben SP und Grüne folgende Themen gesetzt: Energieversorgung ohne

Atomstrom aber mit erneuerbaren Energien, attraktivere Anstellungsbedingungen, die Förderung des Wohn- und Wirtschaftsstandorts Bern und der gezielte Ausbau der sozialen Sicherungsnetze z. B. für Familien. Den Wahlkampf werden SP und Grüne vor allem nahe bei der Bevölkerung auf der Strasse führen. Dazu wurden 30 000 Pralinéschachteln mit einem Wettbewerb produziert und die vier Regierungsmitglieder sind an verschiedenen Aktionen im ganzen Kanton präsent.

Redetext Roland Näf, Parteipräsident SP Kanton Bern (Es gilt das gesprochene Wort)

Kampagnenstart für «4 gewinnt»

Liebe Medienschaffende

Ich begrüsse Sie zur Präsentation der Wahlkampagne unserer rot-grünen Regierungsmehrheit. Anwesend sind die Regierungsmitglieder Barbara Egger-Jenzer, Bernhard Pulver, Philippe Perrenoud und Andreas Rickenbacher sowie Blaise Kropf, Daniel Furter und ich von den beiden Parteien.

Den Rückblick auf die acht bisherigen Jahre der rot-grünen Regierungsmehrheit fasse ich mit einem Satz zusammen: Es waren schwierige, aber trotzdem erfolgreiche Regierungsjahre.

Warum schwierig? Die bürgerliche Grossratsmehrheit hat der Regierung ständig Steine in den Weg gelegt. Das kam in einem Zitat der Berner Zeitung 2010 klar zum Ausdruck. Eine Schlagzeile lautete: „Dem Staat das Geld wegnehmen“. Diese Aussage des damaligen Berner KMU-Präsidenten war dann auch das Motto im Grossen Rat. Die Regierung sollte zum Abbau gezwungen werden. Das Mittel dazu waren Steuersenkungen, von denen heute sogar die bürgerliche Finanzdirektorin sagt, dass man zu weit gegangen sei.

Die Forderung, dem Kanton und den Gemeinden das Geld wegzunehmen, wurde mit mehreren Steuersenkungen umgesetzt. Gleichzeitig haben die Bürgerlichen vom Regierungsrat immer wieder ein ausgeglichenes Budget gefordert. Als dann die Regierung letzten Sommer sehr schmerzhaft Kürzungsmassnahmen vorgeschlagen hat, haben die gleichen bürgerlichen Kräfte ihn dafür kritisiert.

Ein weiteres Beispiel für die Widersprüchlichkeit der bürgerlichen Mehrheit im Grossen Rat war die Spitalversorgung. Trotz schwieriger finanzieller Situation war sie nicht bereit, beim riesigen Ausgabenposten Spitalversorgung (über 1 Milliarde) steuernd Einfluss zu nehmen. Zuerst wurde jede Einflussnahme auf das Volumen der Leistungen vehement abgelehnt, genauso wie die Vorschläge zur besseren Finanzierung der kleinen Spitäler mit der Schaffung eines Fonds. Später ist dann die bürgerliche Mehrheit im Grossen Rat zurückgekrebst und hat Instrumente zur Steuerung in der Spitalversorgung wieder akzeptiert. In Bezug auf die Erhaltung kleiner Spitäler wollen jetzt einige Bürgerliche nichts mehr von Markt wissen und verlangen die zusätzliche Subventionierung mit Steuergeldern.

Trotz der unerträglichen Widersprüchlichkeit der bürgerlichen Mehrheit im Grossen Rat und entsprechend schwierigen Vorgaben des Grossen Rats hat unsere rot-grüne Regierungsmehrheit viele Erfolge für einen starken Kanton Bern erzielt. Viele davon beziehen sich auf eines der Hauptziele, die nachhaltige Entwicklung. Dazu zähle ich die Energiestrategie und das Energiegesetz wie auch die zahlreichen Verbesserungen beim Hochwasserschutz. Für die wirtschaftliche Entwicklung des Kantons sind mehrere Erfolge wichtig. Die Wirtschaftsstrategie 2025 als Grundlage, damit Bern zum wichtigsten Cleantech-Standort der Schweiz wird, der Ausbau des öffentlichen Verkehrs, die Entwicklung des Medizinalstandorts Bern und die Verdichtung von zwölf bernischen Tourismusdestinationen

auf fünf bis sieben Destinationen. Ebenso wichtig für SP und Grüne sind die Verbesserungen bei der Bekämpfung von Lohndumping und Schwarzarbeit.

Trotz sehr knappen Finanzen gab es auch grosse Erfolge in der Bildung, der entscheidende Faktor für einen zukünftig stärkeren Kanton Bern. Ich erinnere an den Ausbau der Tagesschulen, die Einführung der freiwilligen Basisstufe oder an den Umstand, dass die Zahl der Jugendlichen ohne Anschlusslösung seit 2007 um 40 Prozent reduziert werden konnte. Eine Erfolgsgeschichte ist für mich auch die stärkere Autonomie der Hochschulen. Mit der Revision des Lehreranstellungs- und des Personalgesetzes sowie dem neuen Pensionskassengesetz konnten im personalpolitischen Bereich Meilensteine gesetzt und im Lohnbereich faire Perspektiven für die Kantonsmitarbeitenden geschaffen werden.

Im Gesundheitswesen wie auch im Sozialbereich hatte die rot-grüne Regierung einen besonders schweren Stand, es sind mit der Bildung zusammen die grossen Ausgabenbereiche des Kantons. Der Armutsbericht ist ein Meilenstein für die Besserstellung der Schwächsten in unserer Gemeinschaft. Erwähnt habe ich bereits die Spitalversorgung. Trotz massivem Widerstand gegen die Vorschläge der Regierung (bereits vor der Vernehmlassung) sind im Gesetz wichtige Kompromisse gelungen, welche eine Steuerung ermöglichen, falls die Menge der Leistungen aus dem Ruder laufen sollte.

Fazit aus dem Rückblick: Für einen starken Kanton Bern brauchen wir weiterhin eine rot-grüne Mehrheit, welche der Widersprüchlichkeit der bürgerlichen Mehrheit im Grossen Rat Sachlichkeit, Beharrlichkeit und Verantwortungsbewusstsein entgegensetzt.

**Redetext Barbara Egger-Jenzer, Bau-, Verkehrs- und Energiedirektorin
(Es gilt das gesprochene Wort)**

Sehr geehrte Damen und Herren

Für alle statt für wenige: das ist der Slogan der SP, meiner Partei. Und so verstand und verstehe ich auch meine Tätigkeit als Regierungsrätin. Ich möchte, dass von unseren Projekten alle Bürgerinnen und Bürger profitieren und nicht nur wenige.

Die grösste Herausforderung der nächsten vier Jahre wird es sein, trotz knapper Finanzen und Spardruck unserem Kanton und seiner Bevölkerung eine Zukunftsperspektive aufzuzeigen. Wir müssen bewusst machen, dass uns nur ganzheitliche und langfristige Lösungen weiterbringen. Einseitiges und kurzfristiges Sparen macht zu viel kaputt und führt zu nichts. Ich will mich deshalb als Regierungsrätin weiterhin für unseren Kanton und seine Zukunft engagieren.

Drei Bereiche sind für die Zukunft eines Kantons ausserordentlich wichtig und da sollte so wenig wie möglich gespart werden: Bildung, Innovation und Infrastrukturen.

Für mich als "Infrastrukturdirektorin" heisst das: Trotz Spardruck genügend in unsere Infrastrukturen und auch in wichtige Zukunftsprojekte investieren. Dafür will ich mich auch in den nächsten vier Jahren mit aller meiner Kraft engagieren.

Ich will im Hochbau die Realisierung des Campus Technik für die Fachhochschule planmässig vorantreiben. Ausserdem will ich dafür sorgen, dass der Kanton weiterhin seine Gebäude kostengünstig sowie ökologisch baut, unterhält und saniert.

Beim Verkehr steht der Bau von kantonal wichtigen Zukunftsprojekten an: Es geht um das Tram Region Bern, den Ausbau des Bahnhofs Bern und den Bypass Thun. Zudem müssen für die Bevölkerung des Emmentals und des Oberaargaus neue, umweltverträglich Verkehrslösungen gefunden werden. Ganz generell möchte ich unsere bisherige erfolgreich Verkehrspolitik der drei "V's" weiterführen: Verkehr vermeiden, verlagern, verträglich gestalten. Der Verkehr ist ein Gesamtsystem und muss verkehrsträgerübergreifend angegangen werden. Das muss wieder vermehrt in den Fokus der Politik kommen.

Im Energiebereich will ich die bisherige, erfolgreiche Politik in Richtung Energiewende fortführen. Das heisst: Förderung erneuerbarer Energien und Steigerung der Energieeffizienz. Zudem ist es mir ein grosses Anliegen, dass der Beschluss der BKW, 2019 Mühleberg vom Netz zu nehmen, planmässig umgesetzt wird.

Schliesslich haben wir beim Hochwasserschutz in allen Regionen wichtige Projekte, die angepackt werden müssen. Der Schutz unserer Bevölkerung und unserer Infrastrukturen darf auch in Zeiten knapper Mittel nicht vernachlässigt werden. Solange ich Regierungsrätin bin, soll sich niemand vor Hochwasser fürchten müssen.

Ich freue mich, wenn ich diese und viele andere Herausforderungen zusammen mit der Bevölkerung des Kantons Bern anpacken und umsetzen kann.

Redetext Philippe Perrenoud, Gesundheits- und Fürsorgedirektor (Es gilt das gesprochene Wort)

Werte Medienschaffende

Obwohl sich die finanzielle Lage zuspitzt, bin ich überzeugt, dass wir vorwärts kommen können – hin zu einer gerechteren Gesellschaft, zu einem Staat, der mehr Acht gibt auf die Bedürfnisse seiner Bürgerinnen und Bürger.

Wenn das Berner Volk mir am 30. März sein Vertrauen erneuert, wird sich mein Handeln an folgenden drei Leitlinien ausrichten:

Armutsbekämpfung

Das Engagement des Kantons ist zu wenig stark, als dass sich damit die Armut signifikant verringern liesse, und es gibt keinen politischen Konsens, dafür Budgetrisiken einzugehen. Zudem werden in diesem Jahr mit dem ASP-Paket über 100 Mio. CHF in der Gesundheit und im Sozialen eingespart.

Das ist nur «Flickwerk»-Politik, und ich werde dafür kämpfen, dass wir von dieser Politik abrücken!

Erstens werde ich die Umsetzung der Präventionsmassnahmen beschleunigen, die der Grosse Rat im letzten September genehmigt hat, als er den *Sozialbericht 2012* zur Kenntnis nahm. Zehn Millionen wurden dafür in Aussicht gestellt, das ist nicht viel, aber ich werde das Beste daraus machen.

Zweitens werde ich nach Mitteln und Wegen suchen, um die Schäden einzudämmen, die als Folge eines andern Entscheids in der Septembersession unweigerlich eintreten werden: durch die verfügte Senkung der Sozialhilfekosten, durch das Ja des Parlaments zur Motion von Grossrat Ueli Studer.

Drittens werde ich den Verordnungsentwurf zur Anwendung des neuen Integrationsgesetzes vorantreiben. Wenn wir jene, die aus dem Ausland zu uns kommen, besser integrieren, dann reduzieren wir ihr Armutsrisiko.

Und viertens werde ich das Projekt für die Einführung von Ergänzungsleistungen für Familien, das der Regierungsrat bisher leider zurückstellen musste, wieder in Schwung bringen. Dass das kein Sonntagsspaziergang wird und vieles von den Kräfteverhältnissen im Grossen Rat abhängt, weiss ich sehr wohl. Aber in Anbetracht der sozialen Auswirkungen der schon beschlossenen Sparmassnahmen muss die laufende Diskussion zu den Familienergänzungsleistungen in den nächsten Jahren neu aufgerollt werden.

Stärkung des bernischen Spitalsystems

Bis Ende der laufenden Legislatur wird der Regierungsrat die neue Spitalliste in Kraft setzen, eine Frucht geduldiger Verhandlungen, die ich mit allen Betroffenen geführt habe.

Zusammen mit der Versorgungsplanung und dem revidierten Spitalversorgungsgesetz werden uns so alle notwendigen Instrumente zur Verfügung stehen.

Ich werde die Reorganisationsprozesse im öffentlichen Sektor eng begleiten, angefangen bei der Stärkung des Medizinalstandorts Bern mit der Zusammenführung von Inselspital und den Häusern von Spital Netz Bern. Ich bin überzeugt, dass die gewählte Strategie die richtige ist und dass wir uns in zehn Jahren beglückwünschen werden, auf sie gesetzt zu haben.

Ebenso werde ich die Ausgliederung der kantonalen psychiatrischen Institutionen steuern, im Bestreben, dass sie ihre Service-public-Kultur bewahren und noch näher bei den Patientinnen und Patienten sind als heute.

In diesem Prozess werde ich dafür sorgen, dass wir rasch Lösungen finden, mit denen die Würde von Langzeitpatienten, die keiner Hospitalisation mehr bedürfen, geschützt bleibt, obwohl der Grosse Rat die entsprechenden Kredite aus dem Budget gekippt hat. Mein Versprechen: Es wird niemand auf der Strasse landen, noch sonst in einer unerträglichen Situation.

Mir liegt am Herzen, dass auf all diesen Baustellen die ländlichen Regionen gegenüber den städtischen Zentren nicht den Kürzeren ziehen. Meine Politik bleibt jene der bestmöglichen Gesundheitsversorgung – kantonsweit und zu tragbaren Preisen sowohl für die Versicherten als auch für die Kantonskasse.

Weiterentwicklung des Sonderstatuts des Berner Jura

Ich komme zu jenem Thema, das mir als Vertreter des Berner Jura im Regierungsrat vordringlich scheint: Wie weiter nach der Abstimmung vom 24. November 2013 zur institutionellen Zukunft?

Ich erwartete eine klare Entscheidung im Berner Jura: Sie ist eingetroffen, haben doch über 70 Prozent der Stimmenden bekräftigt, dass seine Zukunft im Kanton Bern liegt.

Nun, nachdem die Hypothese eines neuen Kantonsensembles vom Tisch ist, gilt es, die bilateralen Beziehungen mit dem Kanton Jura neu zu ordnen.

Die Phase der Abstimmungen auf Gemeindeebene, wie die Absichtserklärung der beiden Regierungen vom 20. Februar 2012 sie vorsieht, ist mit grösster Behutsamkeit anzugehen. Zudem muss weiterverfolgt werden, was im Rahmen des «Status quo+» vorgezeichnet ist, das heisst eine Stärkung des Sonderstatuts des Berner Jura, die Verbesserung der Position der Französischsprachigen in der Bilingue-Agglomeration Biel, die Förderung der Zweisprachigkeit und die Entwicklung neuer Kooperationsformen, soweit diese sich als zweckdienlich und erwünscht erweisen.

Diese drei jurapolitischen Schwerpunkte des Regierungsrats erfordern einen vertrauensvollen Dialog mit allen Parteien, auf institutioneller Ebene, aber auch mit den politischen Kräften, die am Abend des 24. November als Verlierer vom Platz gingen.

Ich darf für mich in Anspruch nehmen, diesen vertrauensvollen Dialog aufgebaut zu haben: Während fast acht Jahren habe ich als Präsident der Juradelegation des Regierungsrats vollen Einsatz geleistet, habe alle Beteiligten kennen und respektieren gelernt – und trotzdem den bernischen Standpunkt mit grösstem Nachdruck verteidigt. Auf diesem Gleis will ich weiterfahren, im Dienst meiner Heimatregion, im Dienst unseres Kantons.

Das, meine Damen und Herren, sind sie, meine drei Hauptanliegen und Schwerpunkte! An den Mitbürgerinnen und Mitbürgern ist es zu entscheiden, ob sie mir dieses Mandat ein weiteres Mal anvertrauen wollen.

Redetext Bernhard Pulver, Erziehungsdirektor (Es gilt das gesprochene Wort)

Liebe Medienschaffende

Auch ich begrüsse Sie herzlich zu dieser Medienkonferenz und möchte Sie über meine Ziele im Bereich Bildung und Kultur für die nächsten vier Jahre informieren.

Im Zentrum meines politischen Engagements steht die „**nachhaltige Entwicklung**“. Nachhaltige Entwicklung beinhaltet eine ökologische, eine ökonomische und eine soziale Komponente. Alle Entwicklungen sollen immer in einem dieser drei Bereiche eine Verbesserung bringen, möglichst in keinem anderen jedoch eine Verschlechterung.

Sehr vieles konnten wir dank der rot-grünen Mehrheit in den letzten Jahren nachhaltig entwickeln. Ich bin überzeugt, dass sich Arbeiten wie etwa der Ausbau des Tagesschulangebots, die Stärkung des Medizinalstandorts Bern, die nachhaltige Energiepolitik oder der demokratische Abschluss der Jura-Frage genau in dieser Strategie einbetten.

Die **finanzielle Lage** schränkte den Handlungsspielraum des Kantons allerdings ein und zwang den Regierungsrat und den Grossen Rat dazu, mehrere Sparpakete zu verabschieden. Diese Sparpakete werden in verschiedenen Politikbereichen zu spürbarem Leistungsabbau führen.

Mit diesen Sparbemühungen können wir die zuverlässige und stabile Finanzpolitik weiterführen und schreiben im Finanzplan wieder schwarze Zahlen. Allerdings sind wir in verschiedenen Politikbereichen an der roten Linie angelangt und nach der Debatte in der Novembersession ist die kantonale Politik in einzelnen Bereichen auch bereits darüber hinaus gegangen. Der sorgfältige Umgang mit den Finanzen aber zugleich auch der sorgfältige Umgang mit den öffentlichen Leistungen des Kantons wird eine grosse Herausforderung der nächsten Jahre sein.

Ich bin ich überzeugt, dass wir im Bildungs- und Kulturbereich auch in den nächsten Jahren viel erreichen können. Meine Schwerpunkte sind die folgenden:

Zentraler strategischer Schwerpunkt über alle Bildungsstufen hinweg bleibt die **Verbesserung der Anstellungsbedingungen**. Hier haben wir mit der LAG/PG-Revision und den dank ASP eingestellten Mitteln nun gute Grundlagen gelegt.

Volksschule

- **Pädagogischer Dialog:** Unterrichtsentwicklung vor Ort; Freiräume in den einzelnen Schulen durch die Schulleitungen und Lehrkräfte entwickeln und nutzen.

Basierend auf dieser Unterrichtsentwicklung kann auch die Einführung des Lehrplans 21 erfolgen. Dafür will ich eine genügend lange Einführungsphase vorsehen – derzeit geplant ist eine Phase bis zum Schuljahr 2021/22. Der gemeinsame Deutschschweizer Lehrplan ist zwar nicht mein Herzensanliegen – die Vereinheitlichung der Lehrpläne war aber das bei der HarmoS-Abstimmung am wenigsten umstrittene Element!

- **Sonderpädagogik:** Klärung der Steuerung dieses Bereichs zwischen GEF und ERZ

- **Berufsorientierung** in der Oberstufe weiter stärken, Stärkung 9. Schuljahr, Projekt „Bildung und Technik“

Mittelschulen

- Sorgfältige Umsetzung der **Quartalösung**
- Anpassung des **gymnasialen Lehrplans**

Berufsbildung

- **Nahtstelle** zwischen Volksschule und Berufsbildung noch besser gestalten
- **Abschlussquote** bei 95% auf Sekundarstufe II unbedingt beibehalten – bisherige Arbeit weiterführen

Hochschulen

- **Autonomie** der Hochschulen leben, die **Kantonsbeiträge an die Hochschulen stabil halten** und damit auch die Bildung auf der Tertiärstufe in dieser sehr hohen Qualität erhalten.
- **Standortkonzentration** bei der Fachhochschule

Kultur

- **Kulturpflagestrategie** politisch diskutieren und verabschieden
- Neue **Strukturen KMB/ZPK** umsetzen
- **Kulturvermittlung** (Bildung und Kultur) definitiv etablieren und stärken

Über den inhaltlichen Themen der Bildung und der Kultur stehen – wie erwähnt – die beiden personalpolitischen Schwerpunkte, welche wir bereits in der laufenden Legislatur verabschiedet haben und die es nun umzusetzen gilt:

- Der Kanton Bern soll als Arbeitgeber in den nächsten Jahren wieder einen **verlässlichen Lohnaufstieg** von 1,5% - neben Teuerung -garantieren und
- die **Sanierung der Pensionskassen** und die Einführung des Beitragsprimats auf für unsere Arbeitnehmenden und für den Finanzhaushalt verträgliche Art realisieren.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

**Redetext Andreas Rickenbacher, Volkswirtschaftsdirektor
(Es gilt das gesprochene Wort)**

Nutzen wir das grosse Potential des Kantons Bern!

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir sind häufig zu nahe am Spiel dran, und daher erkennen wir manchmal das Wesentliche nicht: Der Kanton Bern hat ein enormes Zukunfts-Potential! Warum?

Er ist, im Vergleich zu anderen Kantonen, eher Region als Kanton. Wir haben daher Raum — Freiraum für Zukunftsprojekte. Und wir haben Lebensraum für Lebensqualität. Wir sind Tourismuskanton, Polit- und Verwaltungszentrum und gleichzeitig zusammen mit Zürich grösster Industriestandort. Wir sind Infrastrukturdrehscheibe und Sitz der wichtigsten Service Public Unternehmen. Wir haben mehr zu bieten als verstopfte Agglomerationen und überbezahlte Immobilien. Das alles ist Zukunftspotential.

Meine grosse Motivation ist es, gemeinsam mit meinen Regierungskolleginnen und -kollegen dieses Potential in den kommenden vier Jahren zu nutzen. Wie?

Am Anfang steht die Erkenntnis, dass das Potential vorhanden ist. Und schon da hapert es bei uns Bernerinnen und Bernern manchmal etwas. Neben der Erkenntnis braucht es zudem ein politisches Programm. Und da muss ich sagen: Einzig zu fordern, Steuern seien zu senken, um den Staat dann runter zu sparen — das ist kein politisches Programm, das ist keine Perspektive.

Wie sieht mein Programm aus? Mit der Wirtschaftsstrategie 2025 sind wir auf dem richtigen Weg. Um die wirtschaftliche Stärke unseres Kantons auszubauen, müssen wir diese Strategie in der nächsten Legislatur weiter konsequent umsetzen. Wir müssen beispielsweise unsere starke Position im Bereich Cleantech nutzen, wir müssen auf Innovationen setzen und in die Infrastruktur investieren. In diesen Bereichen konnten wir eine gute Basis legen, auf der wir nun aufbauen. Unter Cleantech verstehen wir nicht einfach nur erneuerbare Energiequellen. Nein, Cleantech umfasst alles, was zur Schonung des Ressourcenverbrauchs beiträgt. Und die Wirtschaftsdaten zeigen, dass der Kanton Bern in diesem Bereich stark ist. Bei der Innovationspolitik haben wir uns für die Realisierung eines Standorts des Swiss Innovation Parks gut positioniert. Ich werde engagiert dafür kämpfen, dass wir diesen für die Wirtschaft wichtigen Standort tatsächlich erhalten.

Wir haben im Tourismus ein grosses Ziel erreicht: In den letzten Jahren wurde die Anzahl der Destinationen halbiert. Nun haben wir schlagkräftige Destinationsorganisationen, welche sich mit der Konkurrenz messen können. Wir dürfen uns aber nicht auf den Lorbeeren ausruhen: In den kommenden Jahren wird der Kampf um die Touristinnen und Touristen noch härter. Um hier erfolgreich zu bleiben, braucht es ein gutes Angebot — und ein gutes Marketing. Mit der Weiterentwicklung der neu gegründeten BE!Tourismus AG werden wir weitere Erfolge verbuchen.

Als grösster Agrarkanton tragen wir schliesslich eine grosse Verantwortung für die Produktion gesunder Nahrungsmitteln und für den Erhalt von wertvollem Naturraum. Es ist mein Anspruch, auch in den kommenden vier Jahren eine solche Agrarpolitik zu führen. Sehr geehrte Damen und Herren, Sie sehen es deutlich: Um dem Kanton Bern eine Perspektive zu geben, braucht es klare Ziele. Und es braucht ein politisches Projekt. Wir brauchen Investitionen in die Bildung, in die Infrastruktur, in den Medizin- und Cleantech-Standort Bern. Es braucht eine Regierung, die das Potential von Bern erkennt, und den Willen aufbringt, dieses aktiv zu nutzen. In einer solchen Regierung will ich weiterhin mit voller Kraft mitarbeiten. Dafür arbeitete ich in den letzten fast acht Jahren gerne und hart. Dafür werde ich mich im Falle einer Wahl weiter voll einsetzen.

**Redetext Blaise Kropf, Parteipräsident Grüne Kanton Bern
(Es gilt das gesprochene Wort)**

Mit Selbstbewusstsein und einem guten Gefühl in die Wahl

Liebe Medienschaffende

Wenn wir heute die Wahlkampagne für den Regierungsrat eröffnen, dann tun wir dies mit Selbstbewusstsein und einem guten Gefühl. Der Vorsprung des bestgewählten rotgrünen Regierungsrates auf den 8. Platz lag im Jahr 2010 bei über 27'000 Stimmen. Die Differenz zwischen dem viertplatzierten rotgrünen Regierungsrat und dem 8. Platz lag noch immer bei beruhigenden 7'200 Stimmen. Diese Zahlen verdeutlichen, dass die sachliche, unaufgeregte Arbeit des rotgrünen Regierungsrates von der Bevölkerung geschätzt und anerkannt wird.

Wir können zweitens mit einem guten Gefühl an den Start gehen, weil wir dies mit vier erfahrenen, motivierten Regierungsmitgliedern tun. Und wir können drittens mit einem guten Gefühl an den Start gehen, weil unsere beiden Parteien geschlossen und klar hinter dem gemeinsamen Ticket stehen. Wir wissen, dass wir nur mit hundertprozentiger gemeinsamer Unterstützung die Wahl schaffen werden – und genau diese Unterstützung lassen wir uns auch gegenseitig spüren.

Wenn Grüne und SP mit einem Mehrheitsanspruch in eine Regierungswahl steigen, dann ist das mit der Erwartung verbunden, entsprechende inhaltliche Akzente zu setzen. In unserem gemeinsamen Wahlprogramm umreissen wir in zehn Kapiteln unsere politischen Ziele. Von der absehbaren Umstellung auf eine Energieversorgung ohne Atomstrom und dem Ausbau der erneuerbaren Energien, über die Verbesserung der Konkurrenzsituation auf dem Arbeitsmarkt bei den Lehrkräften und die Förderung des Wohnstandorts Bern, bis hin zum gezielten Ausbau der sozialen Sicherungsnetze, finden Sie darin die inhaltlichen Schwerpunkte von SP und Grünen.

In die Wahlkampagne steigen wir mit dem Slogan „Bewährte Regierung“. Angesichts des Leistungsausweises unserer Regierungsmitglieder – in einem denkbar schwierigen Umfeld – ist dies die treffendste Bezeichnung für unser 4er-Team. Das Ticket läuft wie bereits 2010 unter dem Namen «4 gewinnt». Während der Kampagne werden wir eine hohe Präsenz auf der Strasse gewährleisten. Wir haben ein kulinarisch hochwertiges Give-away in einer Auflage von 30 000 Exemplaren bestellt, welches wir zusammen mit einem Wettbewerb verteilen werden. Gezielte Aktionen planen wir im Jura bernois, unter anderem eine Veranstaltung am 21. Februar. Am 8. und am 22. März sind wir mit unseren Regierungsmitgliedern im ganzen Kanton Bern für Standaktionen unterwegs.

Sie haben bereits meinen einleitenden Worten entnommen, dass wir zuversichtlich sind, nach 2010 die Regierungsmehrheit ein weiteres Mal zu verteidigen. Unsere Stärke ist der Leistungsausweis unserer Regierungsmitglieder, die Geschlossenheit von Grünen und SP, aber auch die Schwäche des bürgerlichen Tickets mit Kandidat/innen, welche in für den Kanton Bern entscheidenden Fragen immer wieder diametral unterschiedliche Haltungen vertreten. Der Kanton Bern verdient mehr Sachlichkeit, mehr Verantwortungsbewusstsein und Kompetenz. Genau dafür bürgen unsere Regierungsmitglieder.

Erlauben Sie mir zum Schluss noch einen Seitenblick auf den Grossen Rat: Für die Grünen und die SP ist es entscheidend, bei den Wahlen vom 30. März die Mehrheitsverhältnisse im Grossen Rat verschieben zu können. Das wäre eine ganz wichtige Voraussetzung, damit für den Kanton Bern noch bessere Lösungen erarbeitet und beschlossen werden können. Wir werden deshalb parallel zu den Regierungsratswahlen alles dafür tun, um unsere Fraktionen im Grossen Rat auszubauen.



Sozialdemokratische Partei
Kanton Bern



Mit Verantwortungsbewusstsein zu mehr Nachhaltigkeit Für einen lebenswerten Kanton Bern

Zehn Schwerpunkte rot-grüner Politik für die Amtsdauer 2014-2018

**Ein gemeinsames Programm der SP und der Grünen Kanton Bern
für die Regierungswahlen vom 30. März 2014**

Einleitung

Die Amtsdauer 2010-2014 in der Berner Kantonspolitik war in finanzpolitischer Hinsicht eine der herausforderungsreichsten der jüngeren Geschichte. In ihr kamen sowohl die Auswirkungen der Rezession des Jahres 2009 als auch jene der unmittelbar vor den Wahlen 2010 beschlossenen Steuersenkungen zum Tragen. Der Volksentscheid zu den Motorfahrzeugsteuern vergrösserte diese Herausforderungen zusätzlich. Ausserdem trat 2012 die Revision des Krankenversicherungsgesetzes in Kraft, welche den Kanton Bern erheblich belastete.

Die Angebots- und Strukturüberprüfung ASP hat die seit langem bestehenden strukturellen Probleme des Kantons Bern schonungslos aufgezeigt. Während der Kanton Bern über ein durchschnittliches Leistungsangebot bzw. eine durchschnittliche Kostenstruktur verfügt (bei den Verwaltungsausgaben im engen Sinn ist der Kanton Bern gar der zweitgünstigste Kanton), sind die Einnahmen stark unterdurchschnittlich; auch die Zahlungen aus dem Finanzausgleich des Bundes gleichen dieses tiefe Einnahmenpotenzial nicht aus. Hier sind Massnahmen erforderlich, um den Kanton Bern langfristig erfolgsversprechend zu positionieren.

Trotz der schwierigen Rahmenbedingungen ist es dem Regierungsrat gelungen, wichtige Projekte voranzutreiben und Impulse zu setzen. In der Gesundheitspolitik konnte mit dem Projekt *Stärkung Medizinalstandort Bern* eine vielversprechende Zusammenarbeit zwischen *Spital Netz Bern* und dem Inselspital angestossen werden. Die Revision des Volksschulgesetzes ermöglicht die (freiwillige) Einführung der Basisstufe sowie die gesetzliche Verankerung der Schulsozialarbeit sowie eine Förderung der Tagesschulen, womit die Grundlagen für eine gute Volksschule verbessert wurden. Die Gründung des Vereins *Hauptstadtregion Schweiz* schafft die Basis, um die Stärken des Kantons Bern zu optimieren. In der Energiepolitik hat der Kanton Bern zusammen mit dem Energieversorger BKW einen langfristigen Strategiewechsel vorgenommen und den Ausstieg aus der Atomstromproduktion und die Umstellung auf eine Versorgung mit erneuerbaren Energien eingeleitet. Diese Beispiele zeigen, dass es der rot-grünen Regierungsmehrheit auch unter widrigen Umständen gelungen ist, wichtige Weichenstellung zum Wohl des ganzen Kantons vorzunehmen.

Mit den in diesem Wahlprogramm postulierten Zielen soll eine langfristige Stärkung des Kantons im Sinne der nachhaltigen Entwicklung ermöglicht werden. Zentrales Anliegen ist eine Stärkung des Kantons Bern in seiner Gesamtheit. Es gilt, sowohl den Zusammenhalt zwischen sozial besser und schlechter gestellten Menschen als auch zwischen privilegierten und minderprivilegierten Regionen zu verbessern. Der Kanton Bern kann sich keinen Stadt-Land- oder andere Gräben leisten, sondern muss ein neues „Wir-Gefühl“ und einen neuen Zusammenhalt entwickeln.

1. Erneuerbare Energien für den Kanton Bern

Mit der kürzlich erfolgten Ankündigung der Ausserbetriebnahme des AKW Mühleberg neigt sich die Phase der Atomstromproduktion im Kanton Bern ihrem Ende zu. Dies ist ein Meilenstein auf dem Weg zur Energiewende. Für die Bevölkerung fällt damit ein beträchtliches Risiko weg, während die verstärkte Nutzung erneuerbarer Energien eine einmalige volkswirtschaftliche Chance bietet. Denn so entstehen krisensichere, regional verwurzelte Arbeitsplätze. Heute geht es darum, die Voraussetzungen für die Ausserbetriebnahme des AKW Mühleberg zu schaffen. Der Kanton Bern muss sein Engagement im Bereich der Photovoltaik ausbauen: Privatpersonen und öffentliche Körperschaften sollen vermehrt ermuntert werden, einen möglichst grossen Beitrag an die Energiewende zu leisten, während die öffentliche Hand Flächen für die Solarstromproduktion zur Verfügung stellt und die Bildung lokaler Versorgergemeinschaften fördert. Gleichzeitig muss der Kanton Bern sein Angebot intensivieren, um Privatpersonen und Unternehmen bei der Steigerung der Energieeffizienz und des Energiesparens zu helfen. Rot-grün will, dass der Kanton Bern seine Energiepolitik konsequent auf erneuerbare Energien ausrichtet und auf die Schaffung weiterer Abhängigkeiten von nichterneuerbaren Energien verzichtet, wie etwa durch Fracking oder Gaskraftwerke.

2. Guter Schutz des Kantons Bern mit einer wirksamen Klimapolitik

Der Kanton Bern ist von der Klimaveränderung besonders betroffen – und ist als Tourismuskanton zugleich auf intakte Landschaften mit verschneiten Bergen angewiesen. Aufgrund der Topografie treffen Unwetterkatastrophen den Kanton Bern besonders heftig. Berner/innen wissen deshalb aus eigener Erfahrung um die Bedeutung des Klimaschutzes. Auch die Forschung im Bereich des Klimaschutzes ist herausragend im Kanton Bern. Rot-grün will sicherstellen, dass der Kanton Bern zu einem weltweit führenden Standort für den Klimaschutz wird. Mit einer gezielten Unterstützung der Klimaforschung an der Universität Bern kann das erforderliche Wissen erhalten und verbessert werden. Der Ausbau der Kongresstätigkeit macht Bern zu einer weltweiten Drehscheibe im Engagement für den Klimaschutz. Mit eigenen Anstrengungen – der Reduktion des CO₂-Verbrauchs, der Umstellung auf eine Versorgung mit erneuerbaren Energien, dem Verzicht auf die Förderung fossiler Ressourcen – wird Bern zu einem Vorbildkanton bei der Bekämpfung des Klimawandels. Ein gut ausgebauter Hochwasserschutz garantiert den nötigen Schutz der Bevölkerung und gibt der Natur mehr Raum.

3. Eine bessere soziale Integration für weniger Armut

Mit den Sozialberichten hat sich der Kanton Bern eine wichtige Grundlage für die Bekämpfung der Armut erarbeitet. Nun geht es mit den Revisionen des Sozialhilfegesetz, der Sozialhilfeverordnung und der Verordnung über die Angebote zur sozialen Integration

darum, die Armut in den nächsten Jahren spürbar zu reduzieren. Eine Kürzung der Sozialhilfe unter den gesamtschweizerisch definierten Standard ist zu verhindern. Rot-grün bürgt dafür, dass diese minimale Errungenschaft der schweizerischen Sozialhilfe verteidigt wird. In vielen Kantonen erweisen sich Ergänzungsleistungen für Familien als wirksames Mittel gegen Armut. In der nächsten Amtsperiode braucht es die Erarbeitung der Grundlagen für diese wichtige Unterstützungsform. Einen wichtigen Beitrag zur Armutsbekämpfung liefern die Prämienverbilligungen für die Krankenkasse; die im Rahmen von ASP beschlossene Kürzung droht, die Erreichung der diesbezüglichen sozialpolitischen Ziele zu verhindern. Rot-grün will verhindern, dass es hier zu einem zusätzlichen Abbau kommt. Bei der familienergänzenden Kinderbetreuung steht ein sozial finanziertes Angebot für den ganzen Kanton im Fokus.

4. Eine starke Bildung für bessere Zukunftschancen

Gute Bildung ist einer der wenigen „Rohstoffe“, der im Kanton Bern in grossen Mengen vorhanden ist. Allerdings muss dieser aktiv gefördert werden, damit er für den Kanton Bern zum Tragen kommt. In den nächsten vier Jahren werden die Voraussetzungen dafür weiter verbessert. Zentral ist – gerade bei der Volksschule – die Verbesserung der Anstellungsbedingungen für die Lehrkräfte. Die über Jahre blockierte Lohnpolitik und eine Vielzahl an Sparmassnahmen, unter anderem die Erhöhung des Pflichtpensums, die Erhöhung der Klassengrössen sowie der Lektionenabbau haben zu einer starken Belastung des Lehrpersonals geführt und die Konkurrenzfähigkeit gegenüber umliegenden Kantonen verschlechtert. Im Interesse einer guten Bildung muss alles dafür getan werden, um diesen Rückstand wieder aufzuholen. In der Berufsbildung sind die Anstrengungen zu intensivieren, damit alle Menschen zu einem Berufsabschluss gelangen. Damit werden nicht nur individuelle Zukunftschancen verbessert, sondern auch ein aktiver Beitrag gegen drohende Armut und Arbeitslosigkeit geleistet. Zu diesem Zweck ist das Stipendienwesen – gerade bei Berufsausbildungen – auszubauen. Im Hochschulbereich pflegt der Kanton Bern seine herausragenden Disziplinen ganz besonders, namentlich die international renommierte Klimaforschung an der Universität Bern. Und er ermöglicht den Fachhochschulen eine stabile Weiterentwicklung.

5. Wohnbauförderung für einen starken Kanton Bern

Die unterdurchschnittliche Entwicklung der Wohnbevölkerung ist eine der Ursachen für die strukturelle Schwäche des Kantons Bern. Um dies zu korrigieren, muss Bern langfristig ein attraktiverer Wohnkanton werden. Dafür ist das Vorhandensein von genügend bezahlbarem Wohnraum unabdingbar. Derzeit besteht in verschiedenen Regionen Wohnungsnot. Der Kanton Bern baut deshalb sein Engagement im Wohnungsbau aus und unterstützt die Erstellung neuen Wohnraums aktiv. Dabei fördert der Kanton Bern den genossenschaftlichen und den preisgünstigen Wohnungsbau ganz besonders. Neue Wohnüberbauungen sollen hohe Anforderungen bezüglich Erschliessung, Nutzungsdichte und Bauqualität (Energievorgaben) erfüllen; zudem ist eine Intensivierung der gemeindeübergreifenden Zusammenarbeit bei der Planung anzustreben, damit über Gemeindegrenzen hinweg landschaftsschonende und gewinnbringende Projekte realisiert werden können (siehe hierzu auch Kapitel 6).

6. Eine sorgfältige Siedlungsentwicklung und Mobilität für einen lebenswerten Kanton

Nach der Abstimmung über das Raumplanungsgesetz und die Zweitwohnungsinitiative stehen im Kanton Bern wichtige Entscheide wie der Raumplanungsbericht, die Revision der Baugesetzgebung und die Revision des Richtplans an. Mit diesen Instrumenten hat der Kanton Bern die Möglichkeit, die Siedlungsentwicklung zu steuern und eine Zersiedelung des Kantons Bern zu verhindern. Die Politik kann damit aufzeigen, dass sie die Sorgen und Ängste der Bevölkerung wahr- und aufnimmt: Die Ablehnung verschiedener Planungsvorlagen im Raum Bern unterstreicht den Unmut gegenüber einer unkontrollierten Siedlungsentwicklung. Für den Kanton Bern ist dies eine Herausforderung und eine Chance zugleich. Es braucht eine bessere interkommunale Zusammenarbeit und klare Kriterien für die Inanspruchnahme neuer Landflächen; eine solche soll adäquat kompensiert werden. Damit ist die Erhaltung eines für Bewohner/innen und Tourist/innen attraktiven Kantons möglich. Und es ist sichergestellt, dass sich der Kanton Bern, wo nötig, effektiv weiterentwickeln kann. Damit Pendler/innen auf Bahn und Bus umsteigen, muss der öffentliche Verkehr noch attraktiver und der Langsamverkehr mit guten Fahrrad- und Fusswegplanungen gestärkt werden. Priorität hat die Förderung einer massvollen und ökologischen Mobilität.

7. Eine nachhaltige Finanz- und Steuerpolitik für ein gutes Leistungsangebot

Nicht finanzierte Steuersenkungen haben den Kanton Bern nach 14 finanzpolitisch sehr erfolgreichen Jahren in eine schwierige Haushaltsslage gestossen. Der Umfang der Motorfahrzeug-, Einkommens- und Vermögenssteuersenkungen der letzten vier Jahre liegt weit über den fürs Jahr 2014 beschlossenen Sparmassnahmen. Zusätzlich wurde die Situation durch konjunkturell bedingte Mindereinnahmen erschwert. Um künftige Abbauübungen in der Art von ASP zu verhindern, braucht es ein gutes Zusammenspiel von Finanz- und Steuerpolitik. Nötig ist eine Anpassung der Schuldenbremse: Es darf nicht sein, dass konjunkturell verursachte und damit vorübergehende Mindereinnahmen zu einem verantwortungslosen Leistungsabbau führen. Ebenso, wie der Kanton Bern eine Steuererhöhungsbremse kennt, müsste ein gegenteiliger Mechanismus – eine Steuersenkungsbremse – geprüft werden. Prioritär ist das vollumfängliche Ausschöpfen des Steuerpotenzials: Es darf nicht sein, dass Personen durch eine nicht wahrheitsgemässe Deklaration von Einkommens- und Vermögensverhältnissen der öffentlichen Hand Steuereinnahmen vorenthalten. Nötigenfalls ist eine befristete Steuererhöhung vorzusehen, damit nicht bei wichtigen Leistungen wie Spitex, Pflege, Schulen, Psychiatrie und Krankenkassen-Prämienverbilligungen abgebaut werden muss.

8. Eine gute Gesundheits- und Spitalpolitik für alle

Mit dem Zusammenschluss von Insepsital und Spitalnetz Bern hat der Kanton Bern die Grundlage für eine positive Entwicklung des Spitalwesens im Raum Bern geschaffen. Nun geht es darum, überall im Kanton Bern die Grundlagen für eine gute und gleichzeitig bezahlbare Gesundheits- und Spitalversorgung zu schaffen. Ziel ist, dass jede Region über eine optimale Gesundheits- und Spitalversorgung verfügt. Dafür ist eine präzisere Umschreibung der Funktion und der Bedeutung der jeweiligen Gesundheitsinstitutionen erforderlich: Nicht jedes Spital muss dasselbe Vollangebot anbieten – sinnvollerweise werden Basisangebote bevölkerungsnah erbracht, während zusätzliche Spezialisierung konzentriert in regionalen Zentren erfolgen. Rot-grün steht dafür ein, dass dieser Restrukturierungsprozess auf eine verantwortungsvolle Art und Weise und im Sinne einer

Verbesserung des Angebots erfolgt. Wichtig ist uns, dass der politische Einfluss auf die Spitalversorgung und die Gesundheitsversorgung allgemein erhalten bleibt bzw. wieder ausgebaut wird.

9. Wirtschaftliche Entwicklung für alle

Die Personenfreizügigkeit mit der EU bietet für die Schweiz die Chance, die für eine positive wirtschaftliche Entwicklung erforderlichen Fachkräfte zu mobilisieren. Mit der Zuwanderung von Arbeitskräften aus dem Ausland entstehen aber auch Lohndruck und Verdrängungseffekte auf dem Arbeitsmarkt. Mit den flankierenden Massnahmen (insbesondere den Arbeitsmarktkontrollen) besteht ein Instrument, um unliebsame Entwicklungen zu unterbinden. Der Kanton Bern baut seine diesbezüglichen Tätigkeiten konsequent aus und stellt sicher, dass es im Kanton Bern weder zu Lohndumping noch zu Verdrängungseffekten kommt. In der Wirtschaftspolitik ist der Kanton Bern bestrebt, *die* Branche der Zukunft, die grüne Wirtschaft bzw. den Cleantech-Sektor zu stärken. Ebenfalls soll sich der Medizinalstandort weiterentwickeln. Hier besteht die Möglichkeit, zukunftsfähige, regional verankerte Arbeitsplätze in unterschiedlichsten Bereichen zu schaffen. Schliesslich hat der Kanton Bern mit der Stadt Bern als nationalem Politzentrum weiteres Entwicklungspotenzial. Dies gilt es mit einer Stärkung der Hauptstadtregion zu nutzen.

10. Faire Lohn- und Personalpolitik für gute Leistungen

Mit dem neuen Pensionskassengesetz und der Revision von Lehreranstellungs- und Personalgesetz hat der Kanton Bern die Grundlage für eine faire Personalpolitik geschaffen. Nun geht es darum, die aufgrund der Sparpolitik der 1990er und frühen 2000er Jahre entstandenen Rückstände auf das Konkurrenzumfeld (umliegende Kantone, Gemeinden, Bundesverwaltung, privater Sektor) zu verringern. Rot-grün setzt sich dafür ein, dass der Kanton Bern eine faire Lohnpolitik umsetzt. Dazu gehören insbesondere die Lohngleichheit von Frau und Mann und eine gezielte Kaderförderung für Frauen. Durch Auslagerungen und neue Finanzierungsmechanismen sind die Anstellungsbedingungen vieler Mitarbeitenden im Service public (Spitäler, Heime, Psychiatrie) heute oder künftig nicht mehr kantonal geregelt. Auch hier droht eine massive Verschlechterung der Konkurrenzfähigkeit, wenn sich die Löhne nicht adäquat zu jenen im Umfeld entwickeln. Der Kanton Bern entwickelt deshalb Instrumente, um im subventionierten Bereich faire Anstellungsbedingungen zu garantieren. Bei allfälligem Personalabbau bürgt der Kanton sowohl innerhalb der Kantonsverwaltung als auch im subventionierten Bereich für eine sozialverträgliche Umsetzung.

Verabschiedet vom Vorstand Grüne Kanton Bern am 6. Januar 2014

Verabschiedet von der Geschäftsleitung SP Kanton Bern am 14. Januar 2014